

Saale-Beitung.

Zweihundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die Spaltenpreise aber beim Raum mit 30 Pfg., folge auch Seite mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-Rede, Gr. Ulrichstraße 63, I sowie von Anzeigen-Redaktionen und allen Anzeigen-Expeditoren angenommen. Retikeln die Seite 75 Pfg. Erhalten unentgeltlich postfrei; Sonntags und Montags einmal, sonst normal täglich. Redaktion und Druck- & Geschäftsstelle: Halle, Gr. Brauhausstraße 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24. Anzeigen-Geschäftsstelle: Gr. Ulrichstraße 63, I; Telephon Nr. 590 u. 591.

Nr. 59.

Halle a. S., Mittwoch, den 5. Februar

1908.

Die sogenannte Offseefrage.

Was nicht in den über die Offsee eingeleiteten Verhandlungen der Uferstaaten: Deutschland, Rußland und Schweden — Dänemark ist nicht zugezogen worden — zur Sprache steht, ist hauptsächlich erklärt worden. Danach kommt nicht in Frage, die Offsee zu einem geschlossenen Meere zu machen, d. h. andere als den Uferstaaten die Haltung und Entsendung von Kriegsschiffen in dieses Meer zu verwehren. Es soll auch künftig den Engländern gestattet sein, ihre Kriegsschiffe an den Küsten der Offsee zu zeigen, wie es ja noch vor nicht langer Zeit geschehen ist. Ein entgegengesetzter Antrag ist nicht, wenigstens von Deutschland nicht, gestellt worden. Die Verhandlungen beziehen sich vielmehr auf den Status quo. Da haben wir nun wieder das fremdsprachige Wort, wie denn ja überhaupt in der hohen Politik das Lateinische und Französisches sich mit Fähigkeit erhält. Wer eine Lösung der allgemeinen Teilnahme für die Fragen unserer auswärtigen Politik erstrebt, müßte auch diese Fremdwörter bekämpfen, denn wie kann man von Leuten, die die Volksschule besucht haben — und aus ihnen besteht doch die Mehrheit der Reichstagsmitglieder und der Leser der politischen Zeitungen — verlangen, daß sie wissen was Entente, Zweifach oder Dreimächtebündnis, Casus belli, Status quo usw. ist. Wir waren bis zum Status quo, d. h. der Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes in der Offsee, gelangt. Wieder werden wir halbamtlich befehrt, daß nicht die Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes mit Bezug auf die Offsee als Meer und ihre Zugänge beabsichtigt werde, sondern in Bezug auf den Territorialbesitz der Uferstaaten an den Rändern dieses Meeres. Die für das baltische Meer in Betracht kommenden maritimen Bedingungen sollen unverändert bleiben, wie sie durch einen internationalen Vertrag von der Mitte des vorigen Jahrhunderts geregelt sind.

Diese halbamtlichen Aufschlüsse und Ausführungen sind zur Verwirrung der Engländer und der anderen Mächte gegeben worden. Auf den ersten Blick könnte man das, was nicht abgegriffen, sondern als wahrer Kern der Verhandlungen zugegeben wird, für uns Deutsche verwerdlich erscheinen. Ueber den „Territorialbesitz der Uferstaaten an den Rändern dieses Meeres“ wird verhandelt? Also über Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Mecklenburg, Lübeck und Schleswig-Holstein? Wir sagten, das könne verwerdlich erscheinen, denn wir sind doch nicht gewohnt, über deutsche Gebietsteile mit Rußland, Schweden oder anderen Mächten zu „verhandeln“.

Unterm neuen Deutschen Reich war es bisher nicht Sitte, sich die Erhaltung deutscher Gebietsteile durch Verträge mit fremden Mächten garantieren zu lassen. Daher hat denn auch die halbamtliche Erklärung, daß die Anlegung zu diesem Verhandlungen von nichtdeutscher Seite ausgehen sei, innere Glaubhaftigkeit. Sie sind in der Tat aus den verschiedenen Verhältnissen zu begreifen, die, kurz dargestellt, folgendenmaßen liegen: Als Schweden und Norwegen noch vereinigt waren, bestand ein internationaler Garantievertrag, der sich auf das Reich der Bernadottes bezog. Nach der Trennung Norwegens von Schweden hat das erste internationale Integritätsverträge, datiert vom 2. November, erfolgt. Es war nun die Frage, ob für den anderen Teil, für Schweden, ebenfalls die Garantie der europäischen Großmächte herbeigeführt werden sollte. Schweden hat das unmittelbar nach Bekanntwerden des norwegischen Garantievertrages entschieden abgelehnt. Wenn wir aber die halbamtlichen deutschen Mitteilungen über die schwedischen Verhandlungen recht verstehen, so ist ihr präzisestes Ziel, dem Königreich Schweden etwas Gleichwertiges in die Hand zu geben, wie Norwegen durch seinen Garantievertrag erhalten hat. Der gegenseitige Garantievertrag, der als Ergebnis der Verhandlungen gelten kann, wäre von Deutschland, Rußland und Schweden zu unterzeichnen, nicht von England und Frankreich. Diesen Bestmächten sind jedoch vor einiger Zeit die angeführten Vorbedingungen mitgeteilt worden.

Sowie zum Verständnis der sog. „Offseefrage.“ Daß man heute schon völlig klar die für Deutschland sich aus einem etwaigen Garantievertrage ergebenden Folgen übersehen kann, darf freilich nicht behauptet werden. Noch schwieriger wird die Frage durch den Umstand, daß angeblich auch ein Abkommen über die Nordsee vorbereitet wird.

Die Vorgänge in Lissabon.

Die Entsendung englischer Kriegsschiffe in den Tejo erregt in Portugal trotz der Verluste, ihren Charakter eines bewußten Eingriffs in die inneren Angelegenheiten zu verschleiern, heftige Empörung. Man sagt, es sei eine schwere Schmach für England, den neuen König als englischen Schützling erscheinen zu lassen, und diese Taktlosigkeit gefehle dem Franco mehr, als die Wählererei der Republikaner. Franco drabete dem „Matin“ in Verantwortung einer langen Dank. „Ihre Depesche hat mich tief gerührt. Aufrecht getroffen, erschüttert aber meinen Glauben an die Zukunft des Landes und Königshauses nicht. In der gestrigen Staatsratung haben ich und die anderen Führer der monarchischen Parteien dem König erklärt, daß wir uns in

einer monarchischen Sammlung um den Thron scharf und berast das neue Ministerium führen.“ Es wird bestätigt, daß in der entscheidenden Staatsratsung nur

das entschlossene Auftreten des Herzogs von Porto

den Stütz des Diktators Franco herbeigeführt hat. Vor der Entscheidung hatte Franco dem Staatsrat Erklärungen überreicht, die sein Programm enthielten. Er erbat ausgedehnte Vollmachten zur Herstellung der Ordnung. Wenn er sich auch bemüht sei, sich der Gefahr des Meuchelmordes auszuweichen, so wolle er doch jetzt das Land von wenigstens 300 unruhigen und bedauernden Köpfen befreien. In der Nacht zum Montag wollte er alle irgendwie namhaften Republikaner verhaften lassen. Der Staatsrat ließ die Deportation von etwa 100 gut, betraute aber Ferreira mit der Durchführung der Aufgabe. Aus London trafen in Lissabon zur Unterstützung der dortigen Polizei acht in politischen Dingen besonders erfahrene

englische Detektive

ein. Sie sollen den portugiesischen Behörden nicht allein bei Verfolgung aller Fäden des Mordkomplottes helfen, sondern auch zu erforschen trachten, welche Pläne gegen das Haus Braganza die extremen Revolutionäre für die nächste Zukunft hegen. Im königlichen Palast ist ein Wachdienst von äußerster Strenge eingerichtet, gleichwohl sollen am Montag Drohbriefe in den Gemächern der Königin-Witwe und des Königs gefunden worden sein. Man befürchtet Brandlegungen in den Stadtteilen, die von der Aristokratie und der monarchisch gestimmten Finanzwelt bewohnt werden.

Deutsches Reich.

Sof- und Personalnachrichten.

— In Vertretung des Kaisers begibt sich Prinz Friedrich Leopold von Preußen zu den Befestigungsfeierlichkeiten nach Lissabon.

— Der Kaiser empfing Montag abend um 7 1/2 Uhr den General der Infanterie v. Hoopfer, den Polizeipräsidenten von Stuttenberg und den General-Adjutanten Grafen Hülsen-Haeseler zum Vortrag. Diese Herren waren auch zur Abendtafel geladen, ebenso General der Infanterie v. d. Goltz. Gestern vormittag hörte der Monarch die Vorträge des Chefs des Militärkabinetts und des Chefs des Marinekabinetts und begab sich, wie schon gemeldet, um 11 Uhr im Automobil nach Subertusbad, um dort einige Tage zu verweilen. Im Gefolge des Kaisers befinden sich Hofmarschall Graf Sehlitz, Flügeladjutanten Majore v. Friedeburg und v. Neumann-Köfel und Leibarzt General-Doktor Dr. von Jürgel. Als Gäste des Kaisers treffen in Subertusbad ein Admiral v. Hollmann, Geheimrat Professor Kofler und Professor Schiemann.

Die Kritiker der Enzyklika.

Die Exkommunikation des Münchener Universitäts-Professors Schinzier, der in der „Internationalen Wochenenschrift“ eine Kritik der Enzyklika pasendi domini veröffentlichte, steht bevor. Das führende bayerische Zentrumblatt, die „Münchener Postzeitung“, deutet das Unvermögen an und interessiert sich für die staatsrechtlichen Folgen dieser Maßregelung, d. h. für die Frage, ob die bayerische Regierung ein Schlichter auf seinem Verbot für Dogmengelichte an der Universität München befehlen werde, oder richtiger gesagt befehlen können. Döllinger und Friedrich, die feinerzeit erkommunizierten alt-katholischen Führer, sind von der bayerischen Regierung gehängt worden. — Einige Stellen aus dem Artikel der „Intern.“ Wochenenschrift“ veröffentlicht, mögen hier angeführt sein:

„Römischer Prälatengeist ist es, wenn sich die Enzyklika vermehrt, den guten Willen und die laute Abicht der eben Männer zu verdrängen, deren tadelloser Wandel sie fast bedauernd anerkennen, und deren rastlosen Eifer sie klagend rühmt; wenn sie ihre in harter Arbeit erungenen Forschungen ergebnislich nur als Ausfluß eiler Unwissenheit und kirchlichen Hochmuts erklären kann; wenn sie ein System untrüglicher Bevorzugung vorzöhibt und Scheinheiligkeit, Verleumdungs- und Denunziationsdunst fast geistlichlich großzügigt. Wahrlich, wo man die kirchliche Lehre nur mehr mit brutaler Gewalt retten zu können vermeint. Wir sehen in dem Epistat mehr als bloße Verwaltungsorgane Roms. Wir hegen das feste Vertrauen, daß unsere Bischöfe, in deren Hände die neue Enzyklika die Gefilde des deutschen Katholizismus legt, in der überwindenden Mehrzahl ebenso empfinden wie wir, und als deutsche Priester ihren Stolz darin sehen werden, ebenso sehr wie Hüter der reinen Lehre auch Schirmherren der Intelligenz und wissenschaftlichen Forschung zu sein.“

Die Zentrumspresse ist dem auch mit Dr. Schinzier bereits fertig. Er müsse sich klar sein, was auf seine Angriffe folgt, und müsse die Konsequenzen tragen. Ein Zurückgeben sei für ihn nicht mehr. Die Kirche werde ihrerseits nicht zögern, das zu tun, was ihres Amtes ist. Die Erklärung des Straßburger Theologieprofessors Dr. Ehrhard wird vom Vatikan zu ungenügend betrachtet. Ritter Würzburger in der „Allgemeinen Zeitung“, der in der Münchener „Allgemeinen Zeitung“, Nr. 89 vom 22. Januar die Ausführungsbestimmungen der Enzyklika pasendi domini kritisiert hatte, nimmt in seiner öffentlichen Erklärung in der „Münchener Postzeitung“ seine Angriffe und die daran geknüpften Vermutungen mit dem Ausdruck tiefsten Bedauerns zurück und verbindet damit die Versicherung, daß ihm jeder Angriff auf das katholische Dogma und

die kirchliche Autorität ferngelegen habe. Auch beklagt er es schmerzlich, daß seine Ausführungen Mergernis erregt hätten.

Ministerreisen in Berlin.

Der Staatssekretär des Reichsfinanzamtes Frhr. von Stengel hatte Montag nachmittag eine längere Unterredung mit dem Reichskanzler. In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, er habe bei dieser Gelegenheit den Reichskanzler gebeten, dem Kaiser sein Entlassungsgesuch zu übermitteln. Als sein Nachfolger wird neuerdings u. a. ein Geheimrat aus dem preussischen Finanzministerium genannt. Ferner aber erklärt der Berliner Korrespondent der „Köln. Volkszeitung“, daß Gerichte über den Rücktritt des Finanzministers Krepphorn von Reibmaben mit Bestimmtheit aufzugeben; von Reibmaben werde in ein großes industrielles Werk des Ruhrreviers eintreten. Auch würde von gut unterrichteter Seite berichtet, daß der schwerleidende Kriegsminister v. Einem nicht mehr auf seinen Posten zurückzuführen werde.

Die Steuer- und Stengel-Krisis scheint auch für die Beamtenwelt ein böses Nachspiel zu haben. Wie man von unterrichteter Seite mitteilt, dürfe recht bald die Notwendigkeit eintreten, wegen Mangel an Deckungsmitteln die Beamtenbefoldungsscheine auf den Herbst zu verlagern, und jetzt nur Teuerungszulagen wie im Vorjahre zu bewilligen. Die preussischen Beamtenkreise dürften ebenfalls zurückgestellt werden, abgesehen für die Mittel vorhanden wären; doch wolle man nicht die preussischen Beamten nach anderem Maße messen wie die Reichsbeamten. Unter den Namen der eventuellen Reichsleiter Stengels wird neuerdings auch der des Dr. Walter Rathenau, des früheren Direktors der Handelsgehilfen, genannt. Wie das „N.“ aus zuverlässiger Quelle hört, hat der Direktor der Dresdener Bank, Geheimrat Oberfinanzrat a. D. Waldemar Müller in ihm abgesehenen Posten des Staatssekretärs im Reichsfinanzamt abgelehnt.

Die neue Tabaksteuervorlage jurisdigegen.

Wie der Süddeutschen Tageszeitung aus Berlin telegraphiert wird, hat das Reichsfinanzamt den Entwurf einer Banderaufsteuer auf Tabak und Zigaretten aus dem Bundesratsbeschlusse auf unbestimmte Zeit jurisdigegen. Es schweben Verhandlungen mit den Blockparteien wegen anderweitiger Regelung und Hinschiebung der Reichsfinanzreform bis zur nächsten Reichstagsession.

Prozess Peters-Bennigsen.

In der Privatklage des Dr. Peters gegen Herrn v. Bennigsen und den Redakteur Brüggemann-Röhl legten Dr. Peters und Herr v. Bennigsen gegen das Urteil Freytag ein.

Sonntagsruhe an den Paktstalten.

Die Budgetkommission des Reichstages lehnte die Beratung des Projekts ab und nahm eine Resolution Erheber an, wonach zur Durchführung der Sonntagsruhe die Annahme von Pakteten an den Paktstalten an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage nur bis 6 Uhr erfolgen soll.

Die Laxarenmeldung des „Köln. Volksblattes“ unwar.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt die schon mitgeteilte Meldung des „Köln. Volksbl.“ zum Widerspruch, daß der Kaiser für den nächsten Sonntag als Grundfest für die Proklamierung der Schloßkirche eine bestimmte Bibelfelle angegeben habe, und daß eine übersehene neue Entscheidung in der Entscheidungstage benotigte. Das offizielle Blatt bemerkt alsdann das folgende: Wir sind ermächtigt, zu erklären, daß die Angaben des Kölnischen Blattes, die den Wünschen von Meinungsverschiedenheiten zwischen Kaiser und König und dem künftigen Staatsministerium erwehen sollen, vom Anfang bis zum Ende erjunden sind. Am nächsten Sonntag ist in der Schloßkirche überhaupt keine Gottesdienst.

Revision der Fahrkartensteuer.

In Verlaufe ihrer gestrigen Sitzung begann die Budgetkommission die Beratung des Etats der Reichseisenbahnen. Bezüglich der Fahrkartensteuer führte Minister Brettenbach aus, die Abwanderung aus den höheren Klassen betrage etwa 15, bezw. 3 bis 4, bezw. 5 Prozent. Verhandlungen über die Revision der Steuer seien im Gange. Die Befastung der einzelnen Klassen sei so vertrieben, daß eine Revision geboten sei.

Kurpfleger und Geheimmittelschleher.

Der vorläufige Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ausübung der Heilkunde durch nichtapprobierte Personen und den Geheimmittelschleher liegt jetzt im Vorstadium vor.

Ein Verfahren wegen Hohnerats

ist, wie der „Norddeuts.“ mitteilt, von der Tiffler Staatsanwaltschaft gegen den sozialdemokratischen Subdeputierten Hoyer-Gr. Staatsrat eingeleitet worden. Es wird ihm zum Vorwurf gemacht, in seinen am 12. Januar, dem Tage der Reichstagsöffnung, in Tiffler gehaltenen Reden sich über die Anwesenheit direkt zur Revolution aufzufordern und zum gewalttätigen Umsturz der Staatsverfassung und zum Ungehorsam gegen bestehende Gesetze aufgereizt zu haben. Das Verfahren läuft auf den Bericht des überwachenden Polizeibeamten der fraglichen Versammlung und dessen Stenographen.

General Keim und die Krisis im Flottenverein.

In einer Zuschrift an die Kölnische Zeitung verbreitet sich Generalmajor Keim über die Vorgänge, die zur Krisis im Deutschen Flottenverein geführt haben. Er betont hierin, der Ton in dem Schreiben des Herrn v. Sries und dessen Messungen hätten das Präsidium veranlaßt, von der ersten Absicht, General Keim nur pro forma zum geschäftsführenden Vorstehenden zu wählen, Abstand zu nehmen und den General zu bitten, die Wahl tatsächlich anzunehmen. Dieser Beschluß sei in der Sitzung vom 29. November v. J. unmittelbar gefaßt worden, ohne vorherige Beratung, so daß auch die Möglichkeit ausgeschlossen blies, von diesen veränderten Entschlüssen vorher irgend jemand Kenntnis geben zu können. Der Präsident habe unmittelbar nach der Sitzung Veranlassung genommen, dem Prinzen v. S. ein K. Z. über den Verlauf der ganzen Angelegenheit Mitteilung zu verschaffen und auch über die Gründe, welche die definitive Annahme der Wahl des Generals Keim herbeigeführt hätten. General Keim betont, er habe niemals eine Erklärung abgegeben, welche irgendwie als verbindlich angesehen werden könnte gegenüber dem Prinzen v. Sries, denn er habe sich gegen die Angelegenheit Kenntnis erhalten habe. Eine der zuletzt angeführten Bemerkungen des Prinzen v. S. im und des Geheimrats v. S. u. e. bezeichnet die Aussagen des Generals Keim als durchaus wahrheitsgetreu und gibt der Ansicht Ausdruck, der General habe in dieser Angelegenheit korrekt und loyal gehandelt.

Zurückziehung der Polenovlage?

Von der Möglichkeit, daß die Polenovlage angefaßt der Opposition, die sie im Herrenhause gefunden hat, zurückgezogen werden könnte, ist in parlamentarischen Kreisen ernstlich die Rede.

Eine merkwürdige Redigt zu Kaisers Geburtstag

Hat der katholische Pfarrer Ranly in Ars a. M. gehalten. Dieser Herr behauptet, seine Pfarrkirche in seiner „Kaiserredigt“ zu befehlen, daß keine Katholiken an seinen Anlaß hätten, über die Geburt des Kaisers sich zu freuen. Denn warum sollten die Katholiken den Geburtstag des Kaisers feiern, da sie ja doch nur gut dazu seien, Steuern zu zahlen und Militärdienst zu leisten, während sie bei der Befehung der höheren Leiter beiseite stehen müßten. Das einzige, was allenfalls guten Katholiken an diesem Tage komme, das sei, zu Gott zu beten, daß er den Kaiser doch mit besserer Einsicht erleuchte. Der Bürgermeister der Gemeinde, Gemeindevorstand, nahm bei der später folgenden Schulfeier Anlaß, gegen das Vorgehen des Pfarrers energisch zu protestieren.

Der Kommandierende General des XVI. Armeekorps hat den Soldaten seines Korps den Besuch der katholischen Kirche in Ars an der Mosel verboten, weil an Kaisers Geburtstag der Geistliche in der Kirche eine Predigt gehalten hat, die eine schwere Verunglimpfung der Person des Kaisers darstellte.

Allgemeine Mitteilungen.

- Die freikümmliche Volkspartei hat im Abgeordnetenhause den Antrag eingebracht auf Einföhrung der fakultativen Feuerbestattung in Preußen.
- Eine Novelle zum Münzgesetz, welche die Kopfgüte der Silbermünzen erhöht, wird dem Reichstag in etwa acht Tagen zugehen.
- Nach längerer Stenographie-Debatte, die in den letzten Tagen im Reichstag stattfand, lehnte dieser die Einföhrung des Kurzschreibsystems Etzsch-Schöen in den Verwaltungsdiensten ab, genehmigte aber dafür die Mittel zur Ausbildung der Beamten und Anwärter in der Gabelsbergerischen Stenographie.
- Prof. Ehrhardt gab am Sonnabend durch Anschlag am schwarzen Brett bekannt, daß er verhindert sei, seine heutige Vorlesung zu halten.

Deutscher Reichstag.

94. Sitzung vom 4. Februar, 1 Uhr. Die Beratung des Militär-Etats.

Gesellschaft Kriegsminister wird vorgeschlagen. Es sind inzwischen zwei Resolutionen eingegangen: eine Resolution Groeber (Ztr.), betr. Erhöhung der Bezüge der Offiziere, Unteroffiziere und Militärbeamten. Außerdem eine Resolution v. Bloch betr. Reform des gesamten Militär-Korpsrechts, des Bescheiderechts und des ehrengerichtlichen Verfahrens.

Abg. Wagdan (H. Sp.) meint, es ließe sich etwas sparen an der Kavallerie. Die Kavalleriefrage sollte doch nicht so von oben herab, wie geteilt, von der Militärverwaltung behandelt werden. Die bisherigen Rückfälle auf die Militärfrage, die uns geteilt der Abg. Bebel gab, werden wohl niemand überzeugen haben, zumal sie zum Teil falsch waren (Sehr richtig!), weil sie zu weit in die Vergangenheit zurückgriffen. Auch das Beispiel der Schweizer Militär ist unzutreffend, denn die Schweizer Armee hat ganz andere Zwecke; sie soll nur die Neutralität der Schweiz wahren. Unsere Armee dagegen soll, entsteht einmal Krieg, das Unglück von eigenen Lande abhalten, den Krieg in das Land des Gegners tragen. (Sehr richtig!) Herr Bebel jagte unserer Armee nach, sie solle eventuell auch gegen unsere Arbeiter Verwendung finden. Nun, Herr Bebel, gerade in der Schweiz findet die Militärverwaltung auch aus Anlaß von Arbeiterkämpfen Verwendung. Ob sie (nach links) verlangen, bei uns jährliche Dienstzeit eingeföhrt werden kann, ist wohl jetzt noch fraglich. Wichtig aber ist, daß der Zug der Zeit, auch nach Ansicht meiner Freunde, auf

Berichtigung der Dienstzeit

geht. Das Institut der Einjährig-Freiwilligen, dessen Abschaffung in schon früher wiederholtlich in Anträgen verlangt worden ist, behauptet, darin hat Herr Bebel allerdings Recht, hinsichtlich eine Bemerkung der unheimlichen Kosten. Inwiefern ich zu behaupten: ein gewisser, bescheidener Ausmaß liegt in der nachfolgenden Äußerung der Kaiser-Offiziere zu bekräftigen. Rednerlich ist die Heranziehung einer Offiziersfrage, betreffend die Beurteilung von jüdischen Einjährigigen, die sich zum Reserve-Offizier qualifizieren. Ebenso behauptlich das Kommando, daß ein Vergewaltiger nicht mit einem Knappschloßsträfer zusammen am Offiziersdienst teilnehmen. Eine solche Scheidung des Volkes in zwei Teile sollte unterbleiben. Es sollte bei der Beförderung nur auf die Tüchtigkeit gesehen werden. An diesem Grundsatze, der schon vor 100 Jahren in der Armee galt und das

Waterland wiedererrettet geblieben hat, sollte auch heute noch festgehalten werden! (Beifall.)

Abg. von Liebert (Sp.) weist auf die Militärde hin, die uns Militär und Marine kosten. Da sei es allerdings notwendig, nach Möglichkeit zu sparen.

Nach Möglichkeit habe die Subkommission denn auch getan. Der Erhöhung der Mannschafsstärke sehen wir sympathisch gegenüber, nur wünschen wir das nicht gerade sofort in einem Nachtragset. Die Frage der jährlichen Dienstzeit für Kavallerie und reitende Artillerie ist durch die gefällige glänzende Rede des benezigenen Militärbevollmächtigten wohl genügend erledigt. Die Frage der

Kavallerie-Mitteln

gehört nicht vor dieses Forum. Weiter wendet sich Redner gegen den Befehl des Militärbevollmächtigten und bemerkt dann: Daß Ihre (H. Sp.) Presse nicht in den Redereien zugelassen wird, darf Sie nicht wundern, Herr Bebel! Eine Partei, die beim Nachruf des Präsidenten für den ermordeten Träger einer bedeutenden Dynastie den Saal verläßt, hat sich losgerißt von den Gefühlen, die unser Volk befehlen.

Abg. Hebermann v. Sonnenberg (Antil) erkennt die Notwendigkeit weiser Sparpolitik an. Aber künftige Wünsche dürften nicht vorgenommen werden, denn technisch müßten wir auf der Höhe bleiben. Deshalb wünsche er auch Verbesserung der von der Kommission gefälligen Forderung für den Anzeigerfonds. Auf die vorliegenden Resolutionen eingehend, erklärt sich Redner mit Rücksicht auf die Finanzlage gegen die Resolutionen v. Bloch und Groeber betr. Erhöhung der Löhnungen für Mannschafsten. Dem Verlangen wegen der Ernte-Aufgabe pflichtet er bei. Ebenso dem Wunsch wegen der Seimatsurlauben mit Freizeithilfe. Die Resolution betr. Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen erscheine ihm überflüssig. Eine die von v. Bloch und Gen. gewünschte Reform des Militärkorpsrechts stattdessen, müßte das Militärrecht reformiert werden. Deshalb stimmten seine Freunde gegen diese Resolution, zumal in ihr auch von dem ehrengerichtlichen Verfahren die Rede sei, das nach seiner Ansicht schon hinreichend geregelt sei. Nun zu der Resolution der Kommission wegen der zweijährigen Dienstzeit für Kavallerie und reitende Artillerie. Trotz der abolutistisch gefälligen Empfehlung der Resolution durch den Abg. Haenelers lehnte er und seine Freunde diese Resolution ab. Die Gründe Haenelers seien durch General von Gelsdorf auf das Triffligste widerlegt worden.

Abg. Schröder (H. Sp.): Was gesagt werden konnte, ist gesagt. Die technische Ausübung fällt immer größere Anforderungen, dadurch wachsen die Kosten immer mehr. Es scheint ja so zu kommen, daß wir

weiter zupumpen

müssen; bis jetzt habe ich noch keinen annehmbaren Vorschlag für die Beseitigung des Defizits gehört. Es wäre jetzt ernste Aufgabe für unsere Militärverwaltung, nachzudenken, ob es so weiter gehen kann, ob nicht, wie der Reichsanwalt angeklagt hat, Ersparnisse gemacht werden müssen und zwar große Ersparnisse. Schröder befrichtigt den

Fall Göde.

Ich nenne ihn mit Absicht Oberst, weil ein rechtskräftiges Erkenntnis noch nicht vorliegt; es ist ja jetzt das schließliche Erkenntnis in Aussicht. In seinem Bericht über den Konflikt zwischen Freund und vaterländischen Interessen ist etwas Wichtiges nicht zu finden. Er hat dann eine Verweide zu den Kriegsministerungen des Generals v. Kroschauer geschrieben; sie sind von der Tochter des Generals, einer Sozialdemokratin, herausgegeben, aber etwas Sozialdemokratisches liegt in der Verweide nicht. Das sind die Gründe für das Vorgehen des Göde. Er hat auf seine Uniform verzichtet, das war sein Recht; aber dem Ehrengericht sollte er unterstellt bleiben! Ehrengerichtsverordnungen nur durch Ministerbefehl zu erlassen, das halte ich für sehr bedenklich. Auch in Offizierskreisen wird das nicht gerade freudig angesehen.

Das Militärkabinett genießt nicht das Vertrauen, das es dazu haben müßte. Das geht nicht bloß die Offiziere an, sondern auch die bürgerlichen Kreise. Den Ehrengerichten unterziehen auch die Offiziere des Beurlaubtenstandes; die weite Verbreitung des Quells in unseren bürgerlichen Kreisen ist darauf zurückzuführen. Der Fall Göde zeigt uns, daß so manches in unserem militärischen Wesen den Anforderungen des Verfassungsstaates nicht entspricht. Das alte Mauerwerk aus den Zeiten des absoluten Staates muß abgetragen werden. Es ist möglich, daß die Entscheidung gegen den Obersten Göde ausreicht, aber wir haben ihm in jedem Falle darüber zu sein. Er hat als Ehrenmann erst keine Ehre verdient, aber er hat uns Mängel in unserem Militärwesen aufgezeigt, die beseitigt werden müssen, ein Nebeneinander von einem unverantwortlichen und einem verantwortlichen Teil, der die Handlungen des unverantwortlichen Teils zumeist mit zu vertreten hat. (Beifall links.)

Generalleutnant Stitz v. Arnim: Bis auf den heutigen Tag reformieren die Vorlesungen über die Ehrengerichte lediglich aus der Kommandogemacht des Kaisers, und ich kann mich auf eine Erörterung über diesen Punkt nicht einlassen. Gewiß kann ein Offizier in einen schmerzlichen Gemütskonflikt kommen; aber die Stellung, die Herr Göde in seinem Konflikt genommen hat, ist für einen deutschen Offizier unmöglich, und das deutsche Offizierskorps duldet solche Szenen nicht unter sich; gewiß kann jeder auf sein Recht, sein altes Ehrenkleid weiter zu tragen, verzichten, aber dann muß er es tun, alle Maßnahmen gegen ihn eingeleitet sind, aber er eine Stellung übernimmt, die ihn in einen Konflikt bringt, der ihn zwingt, den Rock auszugeben. Redner geht dann ein auf die

Entscheidung des Militärkabinetts.

Immer hat der Chef des Kabinetts eine exceptionelle Stellung eingenommen, schließlich Vortrag beim Könige gehabt. Immerhin waren die Reichsminister, und andere Reichsminister führen immer zu Schwierigkeiten, zu Schwierigkeiten. Deshalb hat König Wilhelm I. bereits angeordnet, daß in Angelegenheiten der Kommandogemacht der Chef des Militärkabinetts keine Befehle lediglich vom König empfangt. Aber das Militärkabinett sollte seine Behörde nach außen sein, sondern nur ein Organ des Kaisers, das dessen Befehle an die zentralische Kommandobehörde weitergibt. Das Kabinett ist einer der festesten Grundpfeiler des Reiches und damit des Staates, und ich kann nur daner warnen, diesen Grundpfeiler zu untergraben. Damit würde nur der Sozialdemokratie gedient werden. Und der Kriegsminister, der dazu die Hand hebt, müßte erst nach gehören werden. (Leb. Beifall.) Weiter spricht sich Redner gegen das Verlangen nach zweijähriger Dienstzeit für Kavallerie und reitende Artillerie aus, dabei auch die Bedeutung der Kavallerie-Mitteln

betonend, ihre Bedeutung sowohl in der Schlacht, wie nach der Schlacht, die Bedeutung der Kavallerie überhaupt. Die in Aussicht gestellte Dienstzeit werde ja Anlaß zu weiteren Erörterungen darüber bieten. Nun zur Frage des zweiseitigen Dienstes. Geizzeit habe Abg. Richter wohl bestritten, daß die „Abgleichsprüfung“ die Erlangung der Berechtigung zum Einjährigendienst erschweren werde. Inzwischen sei ja nun auch diese Abgleichsprüfung wieder fallen gelassen worden. Was sollte denn nun eigentlich an dem System der Einjährig-Freiwilligen reformiert werden? Bei eingeleiteter Verhandlung mit dem Kaiserministerium habe sich allerdings ergeben, daß an den Prüfungsbestimmungen darüber schwerlich etwas geändert werden könne. Die Bestimmungen sind in Aussicht gefaßt worden. Die Wahl der Reserveoffiziere liegt in der Hand der Reserveoffiziere und daran sollte nichts geändert werden. Von einer

lastenmäßigen Abschließung

der Reserveoffiziere müßte er nichts. Daß vieles für kleine Garnisonen“ presche, lauge er nicht, und den beizuliegenden Wünschen solle nach Möglichkeit Rechnung getragen werden. (Beifall rechts.) Abg. Czerniger (Ztr.): In Bezug auf die Frage des Militärkabinetts und der Ehrengerichte sind dem Abg. Schröder doch manche Irrtümer untergelaufen. Ich glaube, wir werden die Rechte des Reichstages am besten wahren, wenn wir auch die Rechte der Krone ehren.

Mit der Erhöhung der Bezüge der Offiziere werden wir zugleich auch die Gehälter der Gemeinen besser regeln müssen. Wir dürfen nicht bloß oben anfangen und unten nichts tun. Der Redner wendet sich gegen die politische Parteinahme von Bezirkskommandeuren und spricht sich sogar gegen die Parteinahme gegen Kriegsveterane aus, die in der Wahl an der Wahlversammlung, die in Zusammenhang mit dem letzten Wahltag an der Landwehrversammlung ausgefallen seien. Es sei kein solcher überflüssiger Fonds an Vertrauen und monarchischen Gefühl vorhanden, daß man in dieser Weise wirtschaften könne. Abg. Eißhoff (H. Sp.): Die Militärbeamten und Unteroffiziere bedürfen der Aufbesserung bringender als die Mannschafsten. Für die allgemeine einjährige Dienstzeit ist die Zeit noch nicht gekommen, vielleicht erst später kann ich späterhin den, die Aufzuprüfung 1/2 Jahre dienen zu lassen. Die Einföhrung der zweijährigen Dienstzeit bei Kavallerie und Artillerie muß in absehbarer Zeit eingeföhrt werden. Die Gewährung von Heimatsurlaub wird viel Freude erwecken. Abg. Koste (Ztr.): Herr v. Liebert hat sich darüber geäußert, daß die sozialdemokratische Forderung über die Ermordung des Königs von Portugal nicht mitgetrauert hat. Wir verurteilen jede Art von Mord, jede Art von Gewalttat. Sie, auf der Reden, würden aber unter Umständen auf das Volk schiefen lassen. Unter herzlichen Mitgefühl brüden wir dem portugiesischen Volke aus. Ich wundere nur, daß Herr v. Liebert verurteilt hat, auch für diese Tat die Sozialdemokratie verantwortlich zu machen. Der Redner bekräftigt den Militärkorpsrecht und kritisiert ebenfalls das Militärgerichtsverfahren, den Bescheidweg usw. besonders in Sachsen. Schäßlicher Oberst Frh. v. Salla weist die Vorwürfe gegen die schäßliche Seeresverwaltung zurück. Mittwoch 1 Uhr: Weiterberatung. Schluß 6 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhause. 21. Sitzung vom 4. Februar.

Am 21. Februar, 11.15 Uhr. Präsident v. S. eröffnet die Sitzung 11.15 Minuten. Es werden zunächst einige kleinere Gesetzentwürfe in erster und zweiter Lesung behandelt. Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs, der für die weitere Aufschüpfung des

staatlichen Bezuges an Steinkohlefeldern

in Dortmund 55 Millionen fordert. In Verbindung damit verlangt ein Antrag v. v. S. (Ztr.) für den gleichen Zweck in Obersachsen 25 Millionen Mark. Die Beratung dieser Forderungen wird verbunden. Die jetzige Kohlensteuer und der Antrag angenommen. Die jetzige Kohlensteuer sei auf die Steigerung der Produktionskosten zurückzuführen. Der Staat sei erst mit 10 Proz. an der Preisgestaltung mitwirkt. Er empfiehlt ein

Einsparungen gegen die Subsidien,

wenn auch nicht alle Angriffe gerechtfertigt seien, und wünscht eine Beschränkung der Kohlensteuer nach dem Auslande.

Wenn der Gesetzentwurf und der Antrag angenommen würde, so würde sich der Landtag ein schweres Verdienst leisten. (Beifall.) Der Redner beantragt Überweisung an die Budgetkommission. Abg. Stadmann (Antil) erklärt, daß das Ziel, maßgebenden Einfluß auf den rheinisch-westfälischen Kohlenmarkt zu gewinnen, in dieser Form, so vermahnt er sich doch aber vor einem Rückschritt in dieser Form. Der Zentrumstrag sei nicht ohne Bedenken, da in Oberdeutschland die Verhältnisse anders liegen. Man dürfe keinen Druck in dieser Sache auf das Ministerium ausüben. Es sei eine tatsächliche Kohlennot vorhanden. Redner empfiehlt die

Abschaffung der Ausfuhrsteuer

damit die Kohlen im Inlande Absatz finden.

Abg. Hüffel (natl.): Die Schuld an den hohen Kohlenpreisen trägt der Staat, weil er nicht genügend Kohlen geliefert hat, und weil er den Abgabenmarkt fast vollkommen geschlossen hat. Der Förderung von 55 Millionen für Dortmund können wir uns, ebenso den 25 Millionen für Sachsen, obgleich dort das Bedürfnis nicht so dringend ist. Wir wünschen überhaupt, daß der

Staat einen angemessenen Anteil an der Kohlenproduktion

erhält. Die Preissteigerung ist im Grunde auf die Erhöhung der Selbstkosten zurückzuführen. Eine solche nicht heruntergehen, ist an eine Preisermäßigung nicht zu denken. Handelsminister Bebel: Da die bisherigen Redner gegen den Gesetzentwurf nichts vorzubringen haben, brauche ich nicht weiter darauf einzugehen. Freilich möchte ich nur, daß der Staatliche Besitz nicht allerorten gleichmäßig ist. In Rheinland-Westfalen ist der Besitz ganz anders als an der Saar oder in Ober-Sachsen. Mit der Tendenz, auch für Oberdeutschland 25 Millionen für Aufschüpfung zu gewöhnen, bin ich einverstanden, wenn notwendig hätte ich diese Aufschüpfung noch nicht. Sie kann nicht jetzt in dieser Zeit in Frage kommen. Der Minister geht dann auf die Kohlenknappheit ein. Es ist

Tatsache, daß der

Kohlenkonsum Käufer gefesselt sei als die Produktion. Trendmühe also ein Loch entstehen. Ein das aber durch das Ausland nicht ausgefüllt werden konnte. Ein Notstand trat hervor in Teilen von Ost- und Westpreußen, Polen und Pommern. Zum Teil sei der Ausfuhrverbot auf den Verkauf von Kohlenhandels auf die Grenzschäffern, was wiederum für einige Zeit ein gewisses Maßmaß eingetreten sei, nicht mehr erlitten werden, der nicht mehr ausgefüllt werden sei, da der Ausfuhrverbot jetzt hätten sich die Verhältnisse gebessert. Die beiden in Rheinland kommenden Großhandelsfirmen-Friedländer und Götter, die sich hätten erklärt, daß sie nach einer vorübergehenden Teilung des Gebietes alles beschaffen würden, was verlangt wird, was auch geschehe. Zu keiner Freude könne er stillsitzen, daß das auch geschehe. Und das sei sehr interessant, denn es beweise, daß tatsächlich der Großhandelshandel nicht ganz entbehrt werden könne. Eine ganze Reihe von Abnehmern würde gar nicht ohne

men in. Wahrscheinlich ist durch achtlose Selbstverleugung eines brennenden Zigarettenstumpfen auf einen Haufen altes Stroh, das in jener Scheune lagerte, der Brand entzündet. Während Nädigers Verhaftet ist, ist das Bastianische unverändert.

Annaberg, 4. Febr. (Tod durch siedendes Schmelz.) Ein behaarswerter Unfallsfall ereignete sich am vergangenen Sonnabend in unserem Orte. In einem unbewachten Augenblicke ging das 2 1/2-jährige Kind des Arbeiters Lorenz an den Ofen, in dem eine Pfanne mit siedendem Schmelz stand. Das unglückliche Kind rief die Pfanne heraus und überfüllte sich mit dem toxischen Inhalt, so daß es unter schmerzlichen Schreien starb.

Kochenschieber, 4. Febr. (Elddiebstahl.) Dem Gutsbesitzer Wolff hier 1200 Mark in Papiergeld gestohlen worden. Des Diebstahls verdächtig ist ein 17-jähriges Dienstmädchen, das den Dienst plötzlich verlassen hat.

Sangerhausen, 4. Febr. (Goldene Hochzeit.) Am 15. d. M. begeht das Stadtrat Reinbrecht'sche Ehepaar das 25. der goldenen Hochzeit.

Nordhausen, 4. Febr. (Wom D-Zuge totgefahren.) Von dem von Nordhausen nach Kassel um 1 1/2 Uhr nachts abfahrenden D-Zuge wurde zwischen Niederebra und Sollfeld der Streckenwächter Raimann aus Weidobrode totgefahren.

Blantenburg, 4. Febr. (Unter Vergiftungserscheinungen) erkrankten die Kinder des Lokomotivführers Etschmann. Die Kinder hatten von gesichert erhaltenen Sprossen gegessen, die jedenfalls nicht eingeandert waren. Ein 12-jähriges Mädchen ist der Vergiftung erlegen. Die anderen befinden sich auf dem Wege der Besserung.

Naumburg, 2. Febr. (Die Häuser der Gewerbetreibenden) sind jetzt von der Landesbank in Dessau bis auf einige wenige übernommen, wodurch der Vergleich perfekt geworden ist. Bürgermeister Walsch hat als Vorsteher der Gewerbetreibenden 11 000 Mark in die Kasse eingezahlt.

Dessau, 4. Febr. (Gärtnerinnen-Schule.) Mit Oberrn tritt hier eine Anstaltliche Gärtnerinnen-Schule ein. Neben, welche Frauen und Mädchen zum Beruf der Gärtnerinnen auszubilden wird. Die praktische Ausbildung soll in dem Herzoglichen Obstmülgarten an der alten Leipziger Straße hier erfolgen.

Wernburg, 3. Febr. (Gesunkenen Kahn.) Ein Unfall, der leidst einen Verlust an Menschenleben herbeiführen konnte, trug sich gestern vormittag auf der Saale bei. Der Dampfer, der von Wernburg nach Magdeburg fuhr, mit 6000 Zentner Passagieren beladene Kahn des Schiffesigners Koch-Alsleben legte sich, da sein Anker nicht standhielt, plötzlich vor den Uferböschung quer über die Saale, wo er zerbrach und sank. Die Schiffbesatzung konnte sich retten. Der Kahn ist zum Glück verfehrt; den Schaden trägt die Schiffversicherung „Germania“ Berlin. Die Arbeiter würden immerhin einige Zeit in Anspruch nehmen und ist während der Zeit die Saale an dieser Stelle für den Schiffverkehr gesperrt, da der Kahn so unglücklich liegt, daß auch das kleinste Fahrzeug nicht passieren kann. Das angelegte Waller nimmt seinen Lauf an. Eine Kuh hob über den Schiffesektor weg, wie Augenzeugen versichern, durch die Gewalt des Stromes eine Wasserbrücke darüber bildend.

Amnau, 3. Febr. (In Notwehr.) Das gegen den Techniker Wurmstich schwebende Strafverfahren wurde von der Staatsanwaltschaft Eilenach eingestellt. Hat den 23-jährigen Arbeiter Böhm in der Nacht zum 1. September vorigen Jahres erschossen. Durch die Unterdrückung wurde festgestellt, daß Wurmstich sich in Notwehr befand.

Meiningen, 3. Februar. (Kirche und Feuerbestattung.) Nachdem in Meiningen, Saalfeld und Pöhl Feuerbestattungsvereine entstanden sind und man auch in Sonneberg der Frage der Gründung eines Krematoriums näher getreten ist, ist auch diese Frage aufgeworfen worden, ob sich die Geistlichen der meiningischen Kirchen bei einer Feuerbestattung beteiligen dürfen oder beteiligen müssen. Hierbei liegt eine Erklärung der Kirchenbehörde vor, daß gegen die Benutzung eines in Sonneberg zu erbauenden Krematoriums aus Seiten der Behörde keinerlei kirchliche Bedenken bestehen, und daß zu gegebener Zeit der Geistlichkeit des Bezugsamtes durch eine besondere Verfügung fest gegeben werden wird, bei wem von den Geistlichen der Kirchen in einem hierzu besonders eingerichteten und schriftlich ausgehatheten Raum ihres Amtes zu walten. Solche Entscheidung einer Kirchenregierung unterscheidet sich wohltuend von der wenig toleranten Stellung, die man vor anderen namenslich auch in Preußen seitens der Kirchenbehörden einnimmt. Meiningens stellen sich die evangelischen obersten Kirchenbehörden von Baden, Bamberg, Bremen, Schleswig-Holstein, Coburg-Saalfeld, Sachsen-Weimar, Schwaben in bestallen Weise wie Sachsen-Meiningen freundlich zur Feuerbestattungsfrage.

Kunst und Wissenschaft.

Internationale kunstgewerbliche Ausstellung St. Petersburg 1908. Im Reichsamt des Inneren fand unter dem Vorherrsche des Geheimen Oberregierungsrats Dr. Lewald und unter Teilnahme von Vertretern des Auswärtigen Amtes, des preussischen Handelsministeriums und des Kultusministeriums eine von der „Ständigen Ausstellungskommission“ für die deutsche Industrie“ einberufene Besprechung Berliner kunstgewerblicher Firmen statt über die Frage einer Beteiligung an der Internationalen kunstgewerblichen Ausstellung St. Petersburg (September/October 1908). In eingehender Erörterung ergab sich, daß eine Reihe hervorragender Firmen die Ausstellung im Rahmen einer deutschen Abteilung zu besuchen wünscht. Es wurde beschlossen, im Einvernehmen mit den zuständigen Reichs- und den preussischen Staatsbehörden und in Gemeinschaft mit der Ständigen Ausstellungskommission und dem Deutschen Reichsamt des Inneren ein Vorbereitungsausschuß zu bilden, der sich mit dem Interessenten im Reich in Verbindung setzen wird. Bei dem sehr beschränkten Raum, der allen ausländischen Abteilungen zur Verfügung ist, und bei dem entgegenstehenden Rahmen der Ausstellung kann nur eine geringe Zahl von Firmen berücksichtigt werden; auch können nur solche Erzeugnisse in Betracht kommen, die in bezug auf Qualität und Geschmack den höchsten Ansprüchen gerecht werden. Die künstlerische Durchführung der deutschen Abteilung wird in den Händen Professor Wörthlings liegen.

Auf das Preisauschreiben des Reichsamtes zur Erlangung von Entwürfen zu Reichsmünzen und Reichsbriefmarken eingegangene Arbeiten wurden mit folgenden Preisen ausgezeichnet: für Münzen: Prof. Maximilian Daffo, Witten 100 Mark, Friedrich Gammels, Witten 60 Mark, Felix Pfeiffer, Dresden und Friedrich Härtel in Dresden je 200 Mark, Hans Reissner, Danau und Kurtz, Dresden je 150 Mark; für Briefmarken: Alfred Kötter, Berlin 200 Mark, Georg Schiller, Leipzig, Paul Walz, Berlin, Otto W.

Donner-Abend-Baden je 250 Mark. Der Kunstwart bemerkt zu diesem Ergebnis: „Hinsichtlich der Münzen darf das Ergebnis des Preisauschreibens als liberale erstreut bezeichnet werden. Vor allem die Münzen von Daffo, aber auch mehrere der ausgezeichneten anderen sind so schön, daß es nicht zu weit wäre, ein bestimmtes Recht zum Ausdruck zu bringen.“ Wenn Sie wollen, so haben Sie nur ein Reich-Münzen-Komitee, welches sich das Recht ausnimmt, die Münzen, die ihm von der Direktion jetzt anbieten kann, ausführen zu lassen, so hätten wir uns fürderhin vor keinem Volke der Welt mehr wegen der Hässlichkeit unseres Geldes zu schämen. Nicht eben so glücklich war das unmittelbare Ergebnis bei der Besprechung. Unter den preisgekrönten und auch unter den nicht preisgekrönten Münzen sind einige Arbeiten, aber „die“ Reichsmünzen können wir noch nicht vorlegen.“

Eine neue drahtlose Telegraphie. Der Leutnant a. D. Ingenieur Uebel hat seinem Mitarbeiter des „B. V. A.“ über sein schon kurz angelegtes neues Verfahren für drahtlose Telegraphie und Telephonie folgende Mitteilungen gemacht: Durch Aufmachung der ungedämpften Schwingungen hat Leutnant Uebel die drahtlose Telegraphie und Telephonie ermöglicht, da diese Schwingungen es ihm ermöglichten, sich mit Berlin nach Kopenhagen drahtlos zu telephonieren. Die ungedämpften Schwingungen unterscheiden sich von den bei der Funkentelegraphie verwendeten durch die Möglichkeit scharfer Abklimmung d. h. des gleichzeitigen Zusammenarbeitens mehrerer Stationen, vor allem aber durch ihre Verwendbarkeit für drahtlose Telephonie, was bei der Funkentelegraphie unmöglich ist. Küssen war der erste, dem es überhaupt gelungen ist, ungedämpfte Schwingungen mit Hilfe eines in eine Wasserstoff-Atmosphäre eingeschlossenen und durch einen starken Magnet beeinflussten Nistbogen herzustellen. Im Folge hat die Möglichkeit für drahtlose Telegraphie, die eine ganze Anzahl in Reihe geschalteter Nistbogen verwenden und damit bis auf 75 Kilometer telephonieren. Von diesen beiden Systemen unterscheidet sich das neue des Herrn von Uebel hauptsächlich dadurch, daß nicht ein Nistbogen, sondern eine ganz neue Art elektrischer Entladung zwischen Metall-Elektroden das wesentliche Merkmal des Erzeugers bildet. Dieser ist außerordentlich einfach leicht zu beschaffen, von geringer Größe und geringem Gewicht. Er wirkt bei gleicher Leistung nur um ein Viertel so vielen Teil des Poulson'schen Apparates. Zudem ist er ersparlich im Stromverbrauch. Er erscheint daher geradezu prädestiniert für den Ferngebrauch, d. h. für Automobile und tragbare Stationen, vor allem aber für lenkbare Luftschiffe. Herr Uebel verwendet bei seinem System feinerte Stoffe, durch die eine Explosion herbeigeführt werden kann.

Der Kampf gegen die Versteilung in Paris. Der Marin dürfte seine kühne Initiative, die Anhaltssache der Theaterkünde vor ihrer Ausführung zu veröffentlichen, vielleicht teuer zu stehen kommen. Der bekannte Bühnenkritiker Gavault hat nämlich dem Blatte eine Aufforderung durch den Gerichtsprokurator zu allen lassen, auf keinen Fall den Inhalt seines demnächst im Gesamtsatz zum Ausdruck zu bringen. „Die Conquête de Jacqueline“ vor der ersten Aufführung zu bringen, da er sonst sonst gerichtlich auf einen Frank-Schadenfall für jedes Exemplar des Blattes dringen werde, in dem diese Anhaltssache erschiene. Das dürfte dann einen sehr interessanten Prozeß geben.

a. Bühnenschronik. Karl Laertes Wächteroper „Das alte Herz“ erzielte bei seiner Neuaufführung am Proger Deutschen Theater einen erheblichen Erfolg. Die Musik ist seine Arbeit, melodisch und reich an Erfindung. — „Baron Toto“, ein Schwank von Bissin, hatte im Berliner Trianon-Theater Erfolg. — In Varnen erlebte eine von Anguste Olenbork, der Gattin eines bekannten Barmer Arztes, verfasste und von dem hiesigen Komponisten Ferdinand Hoff in Töne gesetzte Operette mit dem Titel „Die Schönheitskünstlerinnen“ eine neue Aufführung und fand einen sehr lobenswerten Erfolg. — „Mittelsam und Moderner“, Behlers einaktige Operette, fand im Berliner Apollo-Theater einen großen Erfolg. — Im Deutschen Hoftheater in Wien hatte das Schauspiel „Simon“ von Herr Bernheim in der Uebersetzung von Rudolf Lothar einen starken Erfolg. — Der Dresdener Kammerjäger Burrian ist nach Budapest abgereist auf einem viermaligen Gattenspiel, bei dem er u. a. den Tristan in italienischer Sprache singen wird. Am 17. Februar wird Burrian die Reize nach Amerika antreten, wo er für 16 Wagneroperen verpflichtet ist. — Die am 30. Januar in der Stadthofburg zu Wittenberg am stattgehabte Eröffnung der vieraktigen Tragödie „Astrand“ von Frederik van Eeden hatte sich der wärmsten Anteilnahme seitens eines vollbesetzten Hauses zu erfreuen. — „Der Graf von Gleichen“, Schauspiel von Wilhelm Schmidtsohn, hat im Düsseldorf'schen Schauspielhaus die Aufführung erlitten. — „Fainacht in Nizza“ („Mardi-gras“), eine melodramatische Scene von Henri Bernheim, dem Komponisten der Vantome „Die Hand“, hatte bei ihrer Aufführung am Hanseatischen Theater in Hamburg vergangenen Sonnabend sehr großen Erfolg.

Vermisches.

Ein Renkontre in Dürkheim. Der deutsche Bizekonsul in Dürkheim (Frankreich) wurde vor einigen Tagen bei Gelegenheiten einer Schiffsabfertigung von einem zu einem deutschen Segelboot gehörigen Matrosen bedroht und tätlich angegriffen. Die Angelegenheit ist von dem Bizekonsul, der keine erheblichen Verletzungen erlitten hat, der zuständigen Staatsanwaltschaft übergeben worden.

Des verstorbenen Geistes Mann. Aus Paris wird gemeldet: Ein vor Näherin und 22 Jahre alt. Er Schuttmacher und zählte 72 Sommer. Und doch lebte er sich. Jeden Abend, punkt 9 Uhr, stellte sich der greise Liebhaber in der Wohnung der Schönen ein und verließ sie des Morgens. Aber — und das wußte er nicht — des Nachmittags empfing die junge Näherin den Besuch eines gleichaltrigen Freundes. Ein anonymer Brief klärte den Affen auf: munterbrannt fürzte er punkt 4 Uhr zur Untergang. Sie öffnete nicht, aber als der junge Liebhaber das Saus verließ, fürzte der alte Kinnale zornentbrannt auf ihn los. Ein kräftiger Stoß und der Alte lag am Boden. Verblüht verließ der Sieger ihn; der Alte aber rannte schnurstracks zur armen Näherin, holte die Faust und schrie: „Sch bringe Dich um, Dirne!“ In ihrer Angst eilte die Dirne zum Fenster und sprang hinab. Sie wurde mit zerstücktem Schädel aufgefunden. Der Alte verstarb aber wieder und wieder, er hätte ihr kein Leid getan.

Der bedrohte Campo Santo. Die „Tribuna“ weist darauf hin, daß von den Fresken des Campo Santo in Pisa bereits über 60 Meter der Malerei von Benozzo Gozzoli durch Wind und Wetter zerstört sind. Wenn nicht bald ein Schutzmittel ergriffen werden, seien die Fresken von Pisa zu demselben langsamen, unaufhaltsamen Todestampfe verdammt wie das „Abendmahl“ von Leonardo da Vinci.

Feuer an Bord. Der englische Dampfer „Stouthbert“, von Antwerpen nach Halifax unterwegs, geriet auf der Höhe von Kap Sable in Brand. Durch den Dampfer „Cymbric“ wurden 35 Mann von der Befragung des „Stouthbert“ gerettet. Vor dem Eintreffen der „Cymbric“ waren 15 Mann von der Befragung des „Stouthbert“ in einem Boote vom Schiffe abgehoben. Das Boot kenterte und seine Insassen ertranken.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Eine diplomatische Mission Deutschlands.

Paris, 5. Febr. Der „Tag“ berichtet: Der deutsche Gesandte in Tanger, Dr. Rosen, soll, wie „Petit Parisien“ meldet, seitens der hohen Worte sowie seitens des Sultans Abdul Afis fast gleichzeitig erlöst worden sein, bei seiner Regierung dahin zu wirken, daß diese in Paris auf, bei seiner Befragung des fortgesetzten Eindringens in französische Truppen ins Innere Marokkos, namentlich in die Schuaja-Region freundschaftlich hinweize. Diefem Wunsch der beiden Sultane lagen Berichte über eine starke Gärung in der islamitischen Welt zugrunde. Der „Petit Parisien“ weicht nicht, welche Antworten die Berliner Regierung nach Konstantinopel und Rabat gelangen ließ. Herrn Wischn wurde der Text dieser Antworten seitens der deutschen Regierung auf diplomatischem Wege mitgeteilt. Die Note des „Petit Parisien“ ist in deutsch-französischer Sprache gehalten.

Die Weisfelder Zuerkonvention.

Berlin, 4. Febr. Die Kommissionen hatte die Annahme der Weisfelder Zuerkonvention von der Annahme des Antrages Scherwin-Löwig auf Herabsetzung der Zuersteuer von 14 auf 10 M. abhängig gemacht. Die Regierung hatte den Antrag Scherwin-Löwig bekämpft. Staatssekretär v. Stengel hatte evtl. mit Scheitern des Abkommens gedroht. Nunmehr ist einigend in der Frage zwischen der Regierung und den Vertretern der Mehrheitsparteien eine Einigung erfolgt. Morgen werden dann die die Reichstagsmehrheit bildenden Parteien selbst dazu Stellung nehmen.

Zu den Ereignissen in Portugal.

Lissabon, 4. Febr. Die Einbasillierung der Leichen des Königs und des Kronprinzen war morgens um 6 Uhr beendet. Die Leichen werden von morgen ab bis zum Freitag ausgeführt.

Lissabon, 4. Febr. Die von beiden Häusern dem König vorgelegende Beileidsadresse wegen des Lissaboner Königsmordes wurde einstimmig angenommen.

Berlin, 4. Febr. Ein Armeedescheides Kaisers bestimmt, daß die Offiziere des 20. Inf.-Regts. zum Ansehen an ihren eigenen ruhigen Verdiensten zum Opfer gefallenem Regimentschef, dem König von Portugal, eine dreimonatige Trauer anzuordnen. Eine Abordnung des Regiments, die an den Befehlsgewaltigkeiten teilnimmt, besteht aus dem Regimentskommandeur, einem Stabsoffizier, einem Hauptmann und einem Leutnant.

Paris, 4. Febr. Senat. Der Minister des Äußeren Wischn erinnerte daran, daß die Kammer sich gestern den Gesetzen der Regierung und der Abänderung von Reichstagsbeschlüssen an die schwer geprüfte königliche Familie von Portugal angeschlossen habe. Er zweifelt nicht, daß der Senat gleichfalls dem Gebanten Ausdruck zu geben wünsche, das Verbrechen zu verdammen, das die ganze Welt geschockert habe. Präsident Dubost schloß sich im Namen des Senats den Worten Wischns an und drückte in Uebereinstimmung mit dem Minister die Gefühle des Äußeren und des Senats aus.

Frankfurt a. M., 4. Febr. Die „Zfr. Ztg.“ meldet aus Trief: Gestern abend veranstalteten etwa 40 junge Leute laute Kundgebungen vor dem portugiesischen Konsulat. Die Polizei verhaftete vier der Demonstranten und stellte die Ruhe wieder her.

Unfall bei der englischen Marine.

London, 4. Febr. Das Torpedoboot 2 Hef bei der Ausfahrt aus dem Hafen von Portsmouth mit dem Torpedoboot „Zephyr“ zusammen und wurde in sinkendem Zustande nach dem Docks geschleppt. Der „Zephyr“ blieb unbeschädigt.

Strasbourg, 4. Febr. Im Landesauschuh gab heute Staatssekretär v. Köller zur ersten Lesung des Etats bekannt, er habe vom Reichsanwalt die Mitteilung erhalten, daß er die Anträge zur Verfallungänderung in Elsaß-Lothringen vorgelegt habe.

Hannover, 4. Febr. Die Vertrauensmänner-Versammlung des Bundes der Landwirte in Welle und Diepholz stellten einstimmig den früheren Landwirtschaftsminister v. Fobbe als Kandidaten für den Kreis Welle-Diepholz auf.

Münden, 4. Febr. Infolge der jüngsten modernistischen Kundgebungen soll übrigens vom Katilan allen katholischen Geistlichen in Bayern verboten worden sein, für liberale Zeitungen schriftstellerisch tätig zu sein.

Paris, 4. Febr. Nunmehr wird auch offiziell bestätigt, daß Admiral Guhard zum Vizeadmiral in Petersburg ausser Ersehen ist.

Paris, 4. Febr. Nach einer telegraphischen Meldung des Generalgouverneurs von Algier, war die 1. Kompanie des Regiments der Fremdenlegion, die auf dem Marsche nach Fort Hessa von einem Schneesturm überfallen wurde, 2 Offiziere und 155 Mann stark. Die beiden Offiziere und 85 Mann sind in Fort Hessa eingetroffen, 52 Mann haben Zuflucht in einem benachbarten Dorfe gesucht, 18 Mann sind umgekommen. — Admiral Hilbert meldet, daß in Folge der von General d'Amade ergriffenen Maßregeln sich nach und nach auch die Stämme unterworfen haben, die bisher, weit außerhalb der Schutzweite der Kriegsschiffe, sich sicher glaubten.

Laroch, 4. Febr. Die Explosion auf dem Dampfer „Said“ ereignete sich in dem Augenblicke, wo mehrere Kisten mit Patronen eingeladen wurden. Da sofort Hilfe kam, wurde nur das Hinterrück des Schiffes leicht, nicht aber, wie zuerst gemeldet, das ganze Schiff zerstört.

London, 4. Febr. In Devonport fand gestern die Abfertigung des 19000-Tonnen-Linienschiffes „Callingtonwood“ statt, des letzten der Dreadnought-Klasse.

Leitung: Otto Sonne.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Fritz Wilmann, für das Feuilleton: Otto Sonne; für den lokalen Teil: Fritz Wilmann; für Provinzialnachrichten, Gericht und Sport: Eugen Wilmann; für Vermischtes: Paul Schumacher; für den Sandsteil: Fritz Wilmann; für den Infanterieteil: Max Knefeldec. Druck und Verlag von Otto Fehnel. **Samstag** in Halle a. S.

— Diese Nummer enthält 8 Seiten —
(einschließlich Anzeigenteil)

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Berliner Börse. Bei Schluss der gestrigen Börse notierten: Kredit 205,12, Diskonto 176,50, Deutsche Bank 237,87, Berliner Handelsgesellschaft 161,00, Kanada 148,50, Baltimore 86,60, Paketfahrt 117,75, Nordl. Lloyd 105,75, Russische Anl. von 1902 182,13, Laurahütte 218,75, Bochumer Guß 201,75, Harpener 202,00, Gelsenkirchen 186,50, Phönix 177,12, Dresdner Bank 147,50, Schaffhausen 137,50, Lombarden 26,30, A.-E.-G. 200,50. — Tendenz: Fest.

Auf dem Kassamarkt notierten höher: 3proz. Reichsanleihe 0,25, 3proz. Konsols 0,30, Reichs-Schatzscheine 0,10, Preussische Schatzscheine 0,10, Böhmisches Brauhaus 2, Patzsch-Preussische Brauerei 2,75, Hannover-Zement 1,50, Adler-Fahrrad 1,25, Balcke, Tellingier 1,50, Bernburger Maschinen 1,50, Eggestorf-Maschinen 2, Flensburger Schiffbau 2, Frister & Rossmann 2,50, Lübecker Maschinen 1,50, Städtische Cartonnagen 1,25, Berlin-Wagon-Hauf 1,50, Deutsche Gasglühlicht 4, Deutsche Waggon-Leib-Anst. 2, Lingel 6, Kahla Porzellan 3, Rathenower Ind. 4, Berl. Terran-Ges. 1,50, Norddeutscher Terran 15 M., Halensee 15 M., Ver. Hansschlack 1,50, Voigt & Wiede 3, Anhalter Kohlen Akt. 4,50, Arenberg, Bergwerk 10, Concordia-Bergbau 2,50, Disseldorfer Eisen 1,25, Hoersch 1,25, Starbeger Hütte 1,50. — Dagegen notierten niedriger: Frankfurter Aktien 2,25, Park Witzleben 40, Westfäl. Boden-Ges. 118,00 M., Howaldtswerke 1,10, Rompung Metall 1,50, Buckau chem. Fab. 2,40, Elberfelder Farben 2, Bremer Linoleum 3, Breslauer Spritfabr. 3,75, Duxer Porzellan 2,50, Schönwaldt Porz. 3, Varziner Papier 2, Akkumulatoren-Fabr. 2, Königsnberg 1,50, Rhein. Nassau 4, Stolberger Zink 3,50.

Nationalbank für Deutschland. Die Aufsichtsratsmitglieder, in welcher die Bilanz für das vergangene Geschäftsjahr vorgelegt wird, findet am 18. Februar statt. Die Dividende wird von der Börse auf 6 bis 6½ Proz. geschätzt (gegen 7½ Proz. im Vorjahre).

Preussische Pfandbriefbank. Die Verwaltung schlägt für das Geschäftsjahr 1907 eine Dividende von 7½ Proz. (wie im Vorjahre) vor.

Die Oesterreichisch-Ungarische Bank ermässigte den Diskont von 5 auf 4½ Proz. und den Lombardzinsfuß auf 5 Proz.

In portugiesischen Anleihen fanden zwar auch gestern ziemlich belangreiche Abgaben statt, doch erwies sich dieser Markt in Übereinstimmung mit der Haltung, welche die Londoner sowie die Pariser Börse für portugiesische Werte zeigten, als ziemlich widerstandsfähig. Dreiprozentige unfinanzierte portugiesische Anleihe konnte sich sogar um 0,30 Proz. erholen. Andererseits hatten die 3proz. Eisenbahn-Obligation von Jahre 1886 eine Kursrückbildung von 1 Proz. und die Obligationen I. und II. Rangges von 1889 eine Kursrückbildung von 1½ Proz. Die grossen und kleinen Stücke der 4proz. Lissaboner Stadtanleihe gaben ebenfalls um ½ Proz. nach.

Gewerkschaft Hedlungern. Der Abschluss der Gewerkschaft pro 1907, dessen Publikation bevorsteht, wird, wie zu erwarten war, kein günstiges Bild bieten, da der Betrieb, ganz abgesehen von dem Laugen-Einbruch, bis Jahresabschluss mit Verlust gearbeitet hat. Während die früheren Zubusse rechtmässig eingezogen waren, ist die letzte etwa mit einem Drittel unbezahlt geblieben. Es ist deshalb an die Restanten die Aufforderung zur Zahlung der Zubusse unter Androhung der Klage ergegangen.

Märkisch-Westfälischer Bergwerksverein Akt.-Ges. in Letmathe. In dem an der Berliner Börse ausstehenden Prospekt über 600.000 Mk. neue Aktien wird die Aussicht in dem folgenden gesagt: Was die nächste Zukunft des Unternehmens anlangt, so sind die Aussichten nicht als günstig zu bezeichnen, da die Zinkpreise seit Aufstellung der letzten Bilanz weiter gesunken sind, und die stark erhöhten Selbstkosten zurzeit zu einem direkten Betragsverluste führen. Die erhöhten Selbstkosten sind herbeigeführt durch wesentlich gesteigerte Arbeitelöhne und Minderleistung der Arbeiter sowie Mangel an Arbeitern, ferner durch die sehr erhöhten Kohlenpreise und durch den Umstand, dass wir durch die gesteigerte Verkohlung der Fettkohlen im Ruhrrevier Schwierigkeiten haben, die nötige Menge guter Fettkohlen, wie wir unseren Betrieb sonst in grossem Umfange verwenden konnten, zu erhalten. Dieses Verhältnis gegenüber ist es uns nicht möglich, die Steigerung der Selbstkosten auf die Zinkverkaufpreise abzuwälzen. Wir sind bestrebt, diese Verhältnisse dadurch zu verbessern, dass wir unsere Betriebsanlage vervollkommen durch Einführung neuer, verbesserter Gasheerungsmethoden bei unserer Zinköfen, womit Hand in Hand auch gleich eine Verbesserung der übrigen Betriebsanlagen zur Durchführung gelangen soll. Zwei der umgebauten Öfen befinden sich bereits im Betriebe. Die auf eine Reihe von Jahren verteilten Kosten des Umbaus, der voraussichtlich in etwa 3 Jahren beendet sein wird, dürften sich auf ca. 400.000 Mk. belaufen.

Mahlmühlente in Harzburg. Der Hüttendirektor Bernhard Wiseman hat den Vorstand ausgeschieden; an dessen Stelle ist der Kaufmann Rudolf Bingel zum Vorstandsmitglied gewählt worden.

Gewerkschaft Sieglried in Hannover. Der Vorstand teilt mit, dass der Vorschacht bei 137 m die Salzlagertätte erreicht hat.

Gropphner Werke. Der Generalversammlung wird eine Dividende von 10 Proz. (wie i. V.) vorgeschlagen.

Zu den Preiserhöhungen in der Braunkohlenindustrie. Namentlich auch das Braunkohlenbrikettsyndikat in Helmstedt, für 1908/9 die Brikettspreise um 2 Pfg. pro Zentner erhöht.

Gewerkschaft ver. Konstantin der Grosse in Bochum. Das vierte Vierteljahr 1907 hat einen Überschuss von 1495 581 Mk. erbracht. Im ganzen Jahr 1907 betrug der Überschuss 5 537 966 (4 397 373) Mk., aus ihm gelangten 2200 (1800) Mk. als Ausbeute zur Verteilung.

Vom Kupfermarkt. In dem Wochenbericht der Firma Henry R. Merdon & Co. in London wird ausgeführt, dass die Gerichte über die Wiederaufnahme der Arbeiten unter den Minen und den Schmelzereien, die unter der Kontrolle der Amalgamated Copper Co. stehen, einen ungünstigen Einfluss auf den amerikanischen, wie auf den englischen Kupfermarkt ausüben könnten. Das Konsumgeschäft trug einen veränderlichen Charakter. Infolge einer unbestimmten Meldung von einer Preissteigerung von elektrolitischen Kupfer wurde für die amerikanische Rechnung eine grosse Quantität Feinkupfer gekauft. Nachdem aber bekannt geworden war, dass die Kupferpreise an der New Yorker Metallbörse zurückgegangen sind, trat wieder eine Stationierung ein. Aus London, 4. Febr., wird berichtet: Am Montag hat der Markt für Kupfer eine merkliche Erholung erfahren, hervorgerufen durch amerikanische Situationsberichte, die verstärkter durch Deckungskäufe des noch immer beträchtlichen Decouverters. Der Report auf drei Monate beträgt nur ½ Zent, woraus der Umfang der Basisposition hervorgeht. Kupfer liegt ruhig bei nominalen Preisen.

Zur Burbach-Transaktion erhält das „B. T.“ von Herrn Gerhard Kottl. Vorstand der Burbach-Grube, folgendes Telegramm: Unser den schwebenden Felderwerke der Gewerkschaft Burbach werden wiederholt Nachrichten und Kommentare verbreitet, die durchaus unzutreffend sind, denen ich aber zuerst in Rücksicht auf mir obliegende Diskretionsverpflichtungen nicht entgegenzusetzen kann.

Preisermässigung für Schrauben. Die deutschen Schrauben- und Mutterfabriken haben die Preise herabgesetzt, indem sie die Rabatte für Maschinenschrauben um 4 Proz., für Schlossschrauben und Muttern um 2 Proz. für andere Sorten entsprechend erhöhten.

am 8. Februar zur Verladung von Bramkohle, Braunkohlebriketts, Nassepreissen und Braunkohlens 4600 Wagen von 10 t Ladungswicht gestellt und nicht abgeholt u. davon entfallen auf den Eisenbahndirektionsbezirk Halle und die Stationen der Lausitzer, Zschepkau-Finsterwalder und Dessau-Wörlitzener Bahnen allein gestellt —, nicht gestellt — Wagen zu 10 t Ladungswicht.

Waren und Produkte.

Berliner Produktendörse. 4. Febr. Am Frühlingsmarkt notierten Weizen im 217—220,00, Roggen im 205—206,50. Hafer, märkischer, 180—181, mittl. 168—170, gering 163—167, russischer mittel 180—181, russ. 168—170, gering 163—167, Gerste, inländ. Futtergerste mittel und gering 158—166, gute 167—178, russische und Donau leichte 152 bis 168. Erbsen inländ. und ausländische Futtererbsen 185—192, kleine 180—185, russ. 170—175, Roggenmehl 0 und 1 26,40—26,40, Weizenmehl 0,20—20,50, Roggenmehl 0,20—20,50, (Alles frei Bahn). Weizenkeime 12,75—13,50, Roggenkeime 13,00—13,50. (Alles frei Bahn).

Hamburg, 4. Febr. Weizen ruhig, Mecklenburger und Ostpreussischer 208—220, Roggen fest, Mecklenburger und Altmarkter 192—200, russ. 0 Pfd. 191, 191,50, Gerste fest, russisch, 180,00, Hafer stetig, Holsteiner und Mecklenburger 174—180, Mais stetig, Americana mixed cif. 110,00. La Plata cif. 110,00. Fest, 4. Febr. Weizen willig, per April 11,53 Gd., 11,54 Br., per Oktober 8,72 Gd., 8,73 Br. Hafer per April 7,50 Gd., 7,50 Br., per Oktober — Gd., — Br. Mais per Mai 6,67 Gd., 6,68 Br. Raps per August 16,20 Gd. 16,20 Br.

Zucker.
Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg vorm. nachm. abends
per Februar 20,00 20,10 20,00 Mk.
per März 20,15 20,25 20,15 „
per Mai 20,45 20,55 20,50 „
per August 20,80 20,90 20,80 „
per Oktober 19,00 19,00 19,00 „
per Dezember 20,41 Gd. 20,42 Gd. 20,41 Gd.
stetig stetig ruhig

Kaffee.
Hamburg, 4. Febr. Good average Santos vorm. abends
per März 33 Gd. 33½ Gd. 33 „
per Mai 33½ Gd. 33½ Gd. 33½ Gd.
per September 34 Gd. 34½ Gd. 34½ Gd.
per Dezember 34½ Gd. 34½ Gd. 34 Gd.
rubig stetig ruhig

Bremen, 4. Febr. Kaffee behauptet.
Havre, 4. Febr. Kaffee good average Santos per März 43, per Mai 43, per Sept. 43½, Behauptet.

Spiritus.
Nordhausen, 4. Febr. Brantwein 40 Vol. Pro. für 100 kg (105—106) 66,90—67,50 Mk., do. 45 Vol. Pro. für 100 kg (106—107) 74,75—75,25 Mk. per loco-Lieferung ohne Fass ab Brenneren.
Hamburg, 4. Febr. Spiritus fest, per Febr. 82½ Gd., per März 82½ Gd., per April 82½ Gd., per Mai 82½ Gd., per Juni 82½ Gd., per Juli 82½ Gd., per August 82½ Gd., per September 82½ Gd., per Oktober 82½ Gd., per November 82½ Gd., per Dezember 82½ Gd., stetig stetig ruhig.

Petroleum.
Hamburg, 4. Febr. Petroleum best Standard white loco 126, Doppelpreis 41.
Köln, 4. Febr. Rüböl loco 76,00, per Mai 72,50.
Hamburg, 4. Febr. Rüböl ruhig, verzollt 74,00.

Kartoffelmehl und Stärke.
Berlin, 4. Febr. Kartoffelmehl und -Stärke 24,50—25,00. Feuchte Stärke 14,50.
Hamburg, 4. Februar. Feine Kartoffelstärke und -Mehl für 100 kg 25,30—25,75.

Wolle.
Bremen, 4. Febr. Baumwolle still. Up. loco middl. 60½ Pfg. Glasgow, 4. Febr. (Mittag). Rohessen fest, Middlebrough, warrants 48/0.
London, 4. Febr. Chilk-Kupfer stetig 61, 3 Monat 61½, Zinn Strats fest 127½, Monat 128½, Blei spanisch, stetig 14½, englisch 15½, Zink gewöhnlich, März 20½, spez. März 21½.

Amerikanische Warenmärkte.

Kabelmahlung via Azoren-Emden.

New York	4. 2.	3.2.	Chicago.	4. 2.	3.2.
Weizen p. März	108½	104	Weizen p. März	97½	96
per Mai	108½	104	per Mai	97½	96
Mais p. März	70½	68½	Mais p. März	61	59½
per Mai	70½	68½	per Mai	61	59½
Möhl Spring clears	4,45	4,45	Hafer p. März	63½	61
Kaffee Rio Rio Nr. 7	6,08	6,08	per Juli	45½	44½
per April	6,10	6,10	Roggen p. März	82	81
Petroleum in Cases	10,90	10,90	Sohnalms p. Febr.	7,45	7,22
do. in New York	8,75	8,75	per Mai	7,67	7,55
do. in Philadelphia	8,70	8,70			

Tendenz: Weizen fest, Mais fest.

Schiffsnachrichten.

Hamburg, 4. Febr. Hamburg-Amerika-Linie. Regia, nach Mittelbrasilien, 3. Febr. morgens Fernando de Noronha passiert. Armenia, von Philadelphia, 3. Febr. morgens 10 Uhr 10 Min. auf der Elbe angekommen. Fürst Bismarck, von Mexiko, 3. Febr. nachts 2 Uhr 45 Min. in Hamburg angekl. Chersukia, von Westindien, 3. Febr. nachts 10 Uhr in Havre angekommen. Assis, nach Westindien, 3. Febr. nachts 1 Uhr 20 Min. Lizard passiert. Vandalia 3. Febr. von Singapur abgekl. Windhuk 1. Febr. von Lissabon abgekl. Kronprinzessin Cecilie 3. Febr. in Havana angekommen. Socavia, von Ostasien, 1. Febr. Sagres passiert. Bavaria, nach Havana und Mexiko, 3. Febr. nachts 1 Uhr in Cadix angekommen. König Friedrich August, nach Gen. La Plata, 3. Febr. nachts 1 Uhr von Boulogne und nachts 11 Uhr von Southampton abgekl. Bosnia, nach New York, Boston und Baltimore, 3. Febr. nachts 3 Uhr 50 Min. Scilly passiert. Galicia 3. Febr. in Bushire angekommen.
Bremen, 4. Febr. Norddeutscher Lloyd. Göttingen Montag 12 Uhr nachts von Antwerpen abgekl. Franken Montag 2 Uhr nachts in Antwerpen angekommen. Hannover Sonntag 12 Uhr nachts von Baltimore abgekl. Oldenburg Sonntag in Buenos Aires angekommen. Schleswig Sonntag 12 Uhr nachts von Neapel abgekl. Castell Montag 3 Uhr nachts. Lizard passiert. Prinz Ludwig Montag 5 Uhr nachts in Genua angekommen. Sachsen Montag 10 Uhr abends von Vlissingen abgekl.

Wasserstände.

— bedeutet über — unter Null.

Stelle und Usmass.	3. Febr.	4. Febr.	Fall	Wach
alters Brückenpfeil	+ 7	+ 8	—	—
Nebra, Op.	+ 2,12	+ 2,17	—	—
Weissenfels, Op.	+ 2,48	+ 1,90	—	—
Trotha „ Op.	+ 0,4	+ 1,22	—	—
Alsenleim „ Op.	+ 2,4	+ 2,09	—	—
Berburg „ Op.	+ 1,54	+ 1,74	—	—
Kalbe „ Op.	+ 1,59	+ 1,93	—	—
	+ 1,24	+ 1,6	—	—

Maidan. Isar. Eger. etc.

	Febr.	1. Febr.	2. Febr.	3. Febr.	4. Febr.	Fall	Wach
Budweis	+ 0,1	—	—	—	+ 1,48	—	—
Prag	+ 0,29	—	—	—	+ 0,8	—	—
Bunzlau	+ 0,6	—	—	—	+ 2,07	—	—
Laus.	+ 0,6	—	—	—	+ 2,2	—	—
Ferdau	+ 0,8	—	—	—	+ 2,0	—	—
Brandeis	+ 0,89	—	—	—	+ 2,0	—	—
Neinik	+ 0,26	—	—	—	+ 2,08	—	—
Leitmeritz	+ 0,6	—	—	—	+ 3,1	—	—
Aussig	+ 0,23	—	—	—	+ 2,1	—	—
Dresden	+ 0,96	—	—	—	+ 1,56	—	—

Berburger Maschinenfabrik. Was jetzt über den Jahresabschluss für 1906/07 der drei Braunschweig-Hannoverschen Maschinenfabriken bekannt wird, ist nicht gerade dazu angetan, die Aktionäre der Berburger Maschinenfabrik zu freudigen Unternehmungen zu ermutigen. Danach beschränkte sich der Reingewinn auf 371 720 Mk. (1905/06 442 705 Mk.), andererseits erforderte die Zinslast allein 173 162 Mk. (127 277 Mk.), ferner Unkosten 134 653 Mk. (159 806 Mk.). „Einführungsspesen für neue Spezialitäten“ 102 000 Mk., (108 000 Mk.), so dass, nachdem nur 72 087 Mk. (66 718 Mk.) Abschreibungen auf die Anlagen vorgenommen sind, ein netter Feinbetrag von 157 354 Mk. (i. V. 119 597 Mk.) entstand, und die buchmässige Unterbilanz somit schon zu Ende Juni auf 276 952 Mk. gestiegen war; wie weit sie sich bis heute veränderte, steht dahin. Der Status offenbart, wie man die „frank. Ztg.“ hierzu schreibt, eine höchst prekäre Situation, in der die Unternehmer gehalten werden konnten, weil Hauptgläubiger und Aktionäre identisch sind. Diese Konstellation aber möchte man jetzt dazu benützen, um unter Verzicht auf 725 000 Mk. des Aktienkapitals, dessen einstiger Effektiv-Einstandspost für das hannoversche Konsortium sich übrigens auch schon weit unter par gestellt haben dürfte, die Realisierung der Bankforderung von 1½ Mill. Mk. zu ermöglichen. Dabei würden dem Ansehen nach auch nur etwa 500 000 Mk. (725 000 Mk. minus Unterbilanz) für Abschreibungen auf die überhöhen Bilanzwerte frei, indem für die 1 Million Mark Braunschweig-Hannoversche Aktien noch 275 000 Mk. Berburger Aktien zu haben. Die Dividende für 1908 hinreichend werden 1180 000 Mk. der Bankschuld würden durch die restlichen 1 075 000 Mk. neuen Berburger Aktien zu 107 Proz. (Tageskurs der alten 110 Proz.) beglichen, und hieraus will nach Pressangaben das Konsortium zunächst 500 000 Mk. für sich flüssig machen durch die Offerte von 525 000 Mk. zu 108 Proz. an die Aktionäre, während für den Rest der Bankschuld, von dessen etwaigem Erlass bisher nichts verlautete, offenbar die Berburger Gesellschaft als Schuldnerin eintritt. Das Konsortium für die Aktienbezugsaffäre würde also scheinbar mit etwa 10 Proz. Zwischengewinn sich begnügen. Das ist aber in Wahrheit nicht der Fall. Es liegen Informationen vor, wonach die 275 000 Mk. Austausch-Aktien, die den Empfängern 135 Proz. anzurechnen werden sollen, in das Konsortium hineinwandern würden, und zwar in Höhe von 225 000 Mk. zu nur 106 Proz., in Höhe von 50 000 Mk. sogar franko Valuta. Die jetzigen Aktionäre der Braunschweig-Hannoverschen (Max Meverstein und Kons.) bewerten also, sofern nicht anderweitige Kompensationen gewährt würden, die 1 Million Mark Berburger Aktien, die sie ursprünglich mit 376 000 Mk. in Rechnung stellen, im eigentlichen Verkauf nur mit 215 000 Mk.! Ob unter diesen Umständen sich ein Konsortium für die ganze Transaktion finden wird, bleibt abzuwarten. Zweifelhaft erscheint danach die Möglichkeit einer Teilnahme an denselben die Allgemeine Deutsche Kreditanstalt-Pilale als der Nationalbank für Deutschland, die etwa 350 000 Mk. des Delligesener Bankkredits gegen hypothekarische Sicherstellung gewährt haben soll, aber dabei in erster Linie mit ihrem Garant, der Firma Max Meverstein, zu tun haben wird, und dementsprechend dem Fusionsprojekte stark fernstehen dürfte. Wieso die Berburger Verwaltung dieses Geschäft eingehen konnte, wird sie noch weiter begründen müssen.

Die Möbelfabrik von A. Elze u. Sohn in Dessau ist in Zahlungsschwierigkeiten geraten. Die Aktiva sind nicht erheblich, da der vorhandene Grundbesitz stark belastet ist und kaum Überschüsse bringen dürfte. Die Erfüllung des Konkurses wird wohl nicht zu vermeiden sein.

Schmidt, Kranz & Co., Maschinenfabrik, Aktiengesellschaft in Nordhausen. Für das abgelaufene zweite Geschäftsjahr kommt bei stattungemässen Abschreibungen eine Dividende von 8 Proz. (wie im Vorj.) zur Verteilung.

Die Hamburg-Amerika-Linie setzt die Rate für Stückgüter nach Lissabon auf nur 6 Mk. Konkurrenzkaufte gegen eine kleine Flensburger Reederei herab.

Freiburger Papierfabrik zu Weissenborn I. Erzhel. Nach reichlichen Abschreibungen und Rückstellungen soll für das Jahr 1907 eine Dividende von 12 Proz. (wie i. V.) zur Verteilung kommen.

Neue Aktiengesellschaft. Die Firma Gebr. Sachsenberg, G. m. b. H. in Rossau beabsichtigt dem Vernehmen nach, ihr Unternehmen in eine „Aktien-Gesellschaft“ umzuwandeln. Die Verbindungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen zum Abschluss kommen. Die ausgeschiedenen Betriebe umfassen die Maschinenfabrik, Kesselschmiede, Schiffswerft in Rossau und die Filiale in Köln-Deutz. Die Gesellschaft hat eine Kapitalsumme von 1 760 000 Mk.

Die Grosse Berliner Strassenbahn in Berlin schlägt die bisherigen Schätzungen entsprechend, wieder 8 Proz. (wie i. V.) Dividende vor.

Die Direktion der Obersächsischen Eisenbahn-Bedarfs-Gesellschaft teilte laut „Bresl. Ztg.“ auf Anfrage mit, dass auf der Friedensgrube zwei Gruppen Koksöfen zu je 40 Stück in Folge mangelhafter Betonfundamente ausser Betrieb gesetzt seien. Der Schaden werde in kurzer Zeit ausgemessert werden. Die übrigen Werke erleiden keinerlei Störung, da grössere Koksöfen vorrätig liegen.

Insolvenz im Getreidehandel. Die Firma Wandhoff & Falk in Düsseldorf, die erst vor wenigen Jahren gegründet wurde und im rheinisch-westfälischen Getreidehandel eine nicht unbedeutende Rolle spielte, wendet sich an ihre Gläubiger. Als Ursache wird die starke Beteiligung an den Zahlungsschwierigkeiten der Firma Ostwald & Levy in Duisburg, sowie der Firma Max Schönowald in Kassel angegeben. Beteiligt sind hauptsächlich Bankhäuser. Wagnersgläubiger sind wenig vorhanden.

Der Verein deutscher Konservenfabrikanten hält in Braunschweig am 11. Februar seine Generalversammlung ab. Auf der Tagesordnung steht u. a. auch die Preiskonventionssfrage.

Der Verband der Kravattenstoff-Fabrikanten hat mit dem Verband der Cachenez-Fabrikanten der Schweiz und Deutschlands ein Kartell geschlossen, auf Grund dessen die Kravattenstoff-Fabrikanten sich verpflichten, für den Verkauf der von ihnen hergestellten Cachenez und Tücher die Zulassungs- und Lieferungsbedingungen des Verbandes der Cachenez-Fabrikanten einzuhalten.

Die Herrenkonfektionsfirma Robert Saalman in Steinf wendet sich an ihre Gläubiger. Die Passiven betragen 280 000 Mk. Es wird ein Verzeih von 35 Proz. geboten. Hauptbeteiligt sind rheinische, sächsische und lausitzer Fabrikanten.

Berliner Häute-Auktion. Auch die gestrige Auktion eröffnete sich starken Betrieb. Die Passiven betragen 280 000 Mk. Es wird ein Verzeih von 35 Proz. geboten. Hauptbeteiligt sind rheinische, sächsische und lausitzer Fabrikanten.

Wagnersgläubiger in mitteldeutschen Braunkohlenbezirk. Auf den Ständen der Königlich Eisenbahndirektionsbezirk Erfurt, Halle und Magdeburg und der ausserdeutschen Privatbahnen